

Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs
der Stadt Sendenhorst
für das Jahr 2023

Sitzung des Stadtrates am 15. Dezember 2022
Bürgermeisterin Katrin Reuscher
Kommunalforum

- Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Sehr geehrte Vertreter der Presse,
Liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,

eigentlich war geplant, heute bereits den Haushalt für das kommende Jahr zu beschließen und gerne hätten wir Ihnen schon im Oktober den Entwurf des Haushaltes für das kommende Jahr 2023 vorgelegt.

Aber – in diesem Jahr ist wieder alles anders. Ich glaube ich spreche auch in ihrem Namen, wenn ich sage, dass wir alle nach den zwei heftigen Corona-Jahren gehofft hatten, nun in etwas ruhigeres Fahrwasser zu kommen. Dieser Wunsch wurde allerdings am 24. Februar zu Nichte gemacht. In Europa herrscht wieder Krieg. Putin wütet immer noch in der Ukraine. Die Bilder von völlig zerstörten Städten, von flüchtenden Menschen, von getöteten Menschen und von Chaos lassen wohl niemanden kalt.

Die Auswirkungen erleben wir auch hier in Sendenhorst und Albersloh ganz unmittelbar. Das wichtigste möchte ich einmal direkt vorneweg sagen: Ich bedanke mich bei unseren Bürgerinnen und Bürgern für die immense Hilfsbereitschaft bei der Unterbringung von Geflüchteten in Gastfamilien. Ich bin ebenso dankbar für die vielfältige Unterstützung, die das Ehrenamt in Vereinen wie z.B. dem Deutsch-Ausländischen-Freundeskreis leistet und ich bedanke mich bei den Nutzern der

Wersehalle, allen vorweg der Ludgerus-Schule, für das große Entgegenkommen und Verständnis. Danke sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung für die selbstverständliche, pragmatische und sehr emphatische Unterstützung der Menschen, die zu uns gekommen sind und weiterhin kommen. Ihr Einsatz ging weit über das normale Maß hinaus und ich glaube wir haben in Sendenhorst und Albersloh einen wirklich guten Job gemacht – rund 300 Menschen haben wir aktuell untergebracht, zu Spitzenzeiten waren es über 370 – bisher glücklicherweise ohne Containerlösungen - und auch auf die Belegung von Sammelunterkünften konnten wir bisher weitestgehend verzichten. Dabei ist es mir wichtig, dass wir neben den Menschen aus der Ukraine auch Geflüchtete aus Syrien, Georgien, Afghanistan, dem Irak und Iran sowie Guinea Schutz geben. Und Sie – sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates – haben uns als Verwaltung dafür den Rücken freigehalten, indem Sie notwendige Beschlüsse gefasst haben. Auch dafür sage ich „Danke“.

Unmittelbare Konsequenz des Angriffs Russlands auf die Ukraine sind aber auch die Auswirkungen im Energiebereich. Sie erinnern sich – im Sommer wurden wir konfrontiert mit der Warnung vor einer möglichen Gasmangellage und von Stromausfällen. Daraufhin haben Bundes- und Landesregierungen Maßnahmen ergriffen, die wir uns im vergangenen Jahr wohl alle hätten nicht vorstellen können. Trotzdem sind die Energiekosten teilweise dramatisch gestiegen, private Haushalte und Unternehmen stehen vor immensen wirtschaftlichen Herausforderungen, die Inflationsrate ist auf einem extrem hohen Niveau, gleichzeitig steigen die Zinsen, Lieferengpässe und Rohstoffmangel bringen unser bisheriges „Normal“ durcheinander. Diese Rahmenbedingungen wirken sich natürlich auf unsere finanzielle Situation aus. Manche Dinge sind eben größer als wir.

Wir müssen erkennen, dass wir es nicht mit einer Krise zu tun haben, auch nicht mit mehreren, die die aufeinander folgen, sondern wir haben Krisen, die gleichzeitig stattfinden und sich überlagern. Diese Situation fordert uns allen viel ab – und deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir uns hier in Sendenhorst und Albersloh dadurch nicht haben auseinanderdividieren lassen, sondern dass wir gezeigt haben, dass wir zusammenhalten – Bürgerschaft, Wirtschaft und Politik. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies auch weiterhin gelingt.

Und – die bundesweiten Anstrengungen zum Energiesparen haben sich gelohnt. Eine Gasmangellage in diesem Winter erscheint nun – Gott sei Dank – eher unwahrscheinlich. Nichts desto trotz zeigt dies, wie wichtig es auch für uns hier in Sendenhorst und Albersloh ist, uns so gut es geht auf mögliche „außergewöhnliche Ereignisse“ vorzubereiten. Sie werden sich erinnern, dass ich bereits im letzten Jahr angekündigt habe, dass wir uns seitens der Verwaltung hier organisatorisch und technisch besser aufstellen wollen. Hierzu später mehr.

Also – die Lage ist „dynamisch“ - um es mal weniger dramatisch zu formulieren, und die Stadt Sendenhorst ist organisatorisch, personell und finanziell stark gefordert.

Der Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung bis 2026, die ich Ihnen heute gemeinsam mit unserer Kämmerin Bettina Küch-Wallmeyer vorlege, ist trotz aller Unwägbarkeiten und Dynamiken von großer Sorgfalt und Seriosität geprägt. Der Haushalt ist nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt worden – klar ist aber auch, dass sich im Laufe der Haushaltsberatungen natürlich Änderungen ergeben werden.

Bevor ich jetzt aber auf den konkreten Haushaltsentwurf eingehe, möchte ich einmal etwas sehr Grundsätzliches ansprechen. Ich hätte mir nie träumen lassen, wie unfassbar langwierig manche Prozesse und Projekte auf kommunaler Ebene dauern UND wie unfassbar aufwendig die Finanzierung kommunaler Aufgaben ist. Wir haben uns hier in Deutschland für eine nicht auskömmliche Finanzierung der kommunalen Ebene entschieden und setzen stattdessen auf ein volkswirtschaftlich irrsinniges System von Förderungen. Ursprünglich ging es darum – und dass ist ja grundsätzlich ein sehr nachvollziehbarer Ansatz – gewünschte nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklungen durch finanzielle Anreize zu fördern. Mittlerweile kann ich für unsere „kleine“ Verwaltung in Sendenhorst sagen – es ist arbeitsökonomischer Wahnsinn. Nicht nur, dass es keine auskömmliche Finanzierung gibt, nein – um sie über den Umweg Förderung dann noch zu erhalten, ist ein immenser zusätzlicher personeller und zeitlicher Aufwand notwendig – und dies ja nicht nur bei uns.

Zumindest bei Aufgaben, für die ein gesetzlicher Auftrag besteht, muss es eine auskömmliche Finanzierung von Kommunen geben und keine Förderungen.

Welche Konsequenzen das hat, zeigt sich z.B. bei der Finanzierung des Ausbaus der OGS in unseren Grundschulen. Bis heute gibt es keine verlässliche Aussage dazu, wie eine Finanzierung erfolgen soll, mit welchen Förderungen wir wann zu welchen Konditionen rechnen können – angefangen müssen wir aber, wir müssen in Vorleistung gehen, verbunden mit dem Risiko, vielleicht gegen Förderrichtlinien zu „verstoßen“, die es aktuell noch gar nicht gibt. Also weg vom Förderdschungel, hin zu einer bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen – ohne doppelt und dreifachen bürokratischen Aufwand. Ich hoffe sehr, dass wir in den nächsten Wochen im Zuge unserer Haushaltsberatungen konkretere Erkenntnisse erhalten, die uns Klarheit geben und entlasten.

Nun aber ein Blick auf die Zahlen.

Eigenkapital

Das Haushaltsjahr 2021 hat erfreulicherweise mit einem Plus von 1.5 Mio. € sehr positiv abgeschlossen und auch in diesem Jahr werden wir aller Voraussicht nach mit einem signifikant verbesserten Ergebnis als angenommen abschließen können, so dass wir das ursprünglich geplante Defizit komplett ausgleichen können. Der Blick auf das Eigenkapital der Stadt Sendenhorst zeigt, dass dieses in den letzten Jahren auf Stand heute 31.6 Mio. Euro angewachsen ist. Von diesem „Polster“, das wir in den letzten Jahren aufbauen konnten, können bzw. müssen wir laut Plan zehren.

Corona-Ukraine-Isolierungen

Ein Punkt, über den wir bereits mehrfach gesprochen haben, sind die Isolierungen, die wir als Kommune bisher für die sogenannten Corona-Schäden und nun auch verpflichtend! für die sogenannten „Ukraine-Schäden“ bilden mussten. Einerseits versetzt es Kommunen in die Lage, genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen, andererseits wird das „Problem“ damit aber in die Zukunft geschoben. In 2026 müssen wir entscheiden, ob wir die rund 3,8 Mio. Euro – das ist die Summe mit der wir derzeit planen, die sich aber definitiv auch noch verändern wird – auf „einen Schlag erledigen“, oder ob wir die Summe über einen langen Zeitraum abschreiben. Vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit hoffe ich, dass wir diesen Weg nicht wählen müssen. Für die Menschen, die jetzt jung sind oder geboren werden bleiben noch genügend Aufgaben zu lösen und auch zu finanzieren.

Aufwendungen und Erträge – Inanspruchnahme der Rücklagen

Aber nun zum Haushaltsjahr 2023 – der Ergebnisplan weist Erträge von rund 26,7 Mio. Euro aus. Demgegenüber stehen Aufwendung von rund 29,2 Mio. Euro. Unterm Strich also ein Fehlbetrag von rund 1,8 Mio. Euro, ohne die Corona- und Ukraine-Schäden. Auch die Folgejahre der mittelfristigen Finanzplanung sind defizitär geplant – in den Jahren 23 und 24 greifen wir auf die Ausgleichsrücklage zurück – ab dem Jahr 25 dann *auch* auf die Allgemeine Rücklage. Bereits im letzten Jahr zeichnete sich ab, dass die kommenden Haushalte unter erschwerten Vorzeichen stehen. Nach vielen guten Jahren erwarten uns wohl nun mit Blick auf die bereits skizzierten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen etwas bescheidenere Jahre. Nichts desto trotz sind die Finanzen der Stadt geordnet und der Haushaltsentwurf genehmigungsfähig.

Wesentliche Erträge

Die verhältnismäßig späte Veröffentlichung der Orientierungsdaten des Landes sowie die unvorhergesehene Änderung bei der Einkommenssteuer – rund 700.000 € weniger in diesem Jahr als geplant - waren ja die beiden Gründe, warum wir die Einbringung unseres Haushaltes von Oktober auf Dezember verschoben haben – auch hier zeigt sich „die Zeiten sind ungewöhnlich“, und im Nachgang bin ich mir mit unserer Kämmerin einig, dass es die richtige Entscheidung war, zu verschieben. So können wir die nun anstehenden Haushaltsberatungen auf soliden Annahmen führen – nämlich auf Grundlage der Orientierungsdaten des Landes, die am 23.11.2022 veröffentlicht wurden.

Neben der Gewerbesteuer ist ein erheblicher Teil unseres Budgets auf den Anteil an der Einkommenssteuer zurückzuführen. Diesen konnten wir nun für das kommende Jahr mit 8 Mio. Euro und in den darauffolgenden Jahren mit 8,6 und 9 Mio. Euro seriös kalkulieren. Unsere Befürchtung, der Anteil an der Einkommenssteuer könnte auch in den kommenden Jahren drastisch zurückgehen hat sich also zum Glück nicht bewahrheitet. Ich bedanke mich an dieser Stelle aber noch einmal ausdrücklich dafür, dass Sie als Politik die Verschiebung im Oktober nachvollzogen und auch so kurzfristig mitgetragen haben.

Dann schauen wir auf die zweite wichtige Säule unserer Einnahmen – den Anteil an der Gewerbesteuer. Dieser hat sich in den letzten Jahren trotz Corona sehr positiv

entwickelt. In 2022 erwarten wir Einnahmen in voraussichtlicher Höhe von 9,5 Mio. Euro. Diesen außergewöhnlich hohen Betrag führen wir auf Sondereffekte zurück. So erfreulich dies ist – für die kommenden Jahre kalkulieren wir deutlich zurückhaltender. Für das Jahr 23 haben wir 6.5 Mio. Euro und für die Folgejahre bis 2026 mit jeweils 6.3 Mio. Euro geplant. In diesen wirtschaftlich turbulenten Zeiten und einer vielleicht drohenden Rezession erscheint uns dieses Vorgehen als angemessen. Unsere Unternehmen haben sich als innovativ, wachsend und auch krisenfest erwiesen – auch ein Grund für eine weiterhin niedrige Arbeitslosenquote.

Um die Unternehmen vor diesem Hintergrund nicht zusätzlich zu belasten, schlage ich Ihnen deshalb auch keine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze vor. Sie liegen bereits über den fiktiven des Landes. Aufgrund der späteren Einbringung des Haushaltsentwurfes behandeln wir diesen Punkt ja in diesem Jahr gesondert gleich im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt – und es ist wie im Hufa gesagt wurde, eine politische Entscheidung, die Ihnen als Ratsmitgliedern obliegt.

Anpassungen soll es allerdings – wie bereits im letzten Jahr - bei den Hebesätzen für die Grundsteuern A und B geben. Mir ist die Botschaft, die davon ausgeht, sehr wohl bewusst und ich halte Steuererhöhungen in Zeiten wie diesen auch grundsätzlich für schwierig zu vermitteln – ABER Steuererhöhungen sind nicht gleich Steuererhöhungen und aus meiner Sicht sind sie in diesem Fall zu vermitteln. Vor allem wenn man sich die absoluten Zahlen anschaut, um die es geht. Durch das Anheben des Satzes Grundsteuer A um 7 Punkte und der Grundsteuer B um 14 Punkte auf die jeweiligen fiktiven Hebesätze des Landes reden wir über einen Gesamtertrag für die Stadt im ganzen Jahr von 5.740 Euro bei der Grundsteuer A und 65.800 Euro für die Grundsteuer B. Das macht für ein 800 m² EFH-Grundstück im Jahr beispielsweise eine Mehrbelastung von 14 Euro pro Jahr insgesamt aus – für einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb 42 Euro im Jahr. Unser Ziel ist an dieser Stelle nicht die Mehrbelastung von Grundstückseigentümern, sondern uns bei den Zuschüssen aus der Gemeindefinanzierung nicht schlechter zu stellen. Vor dem Hintergrund der insgesamt angespannten Haushaltslage halte ich dies für unbedingt notwendig. Dass dieses System, der Anpassung der realen an die fiktiven Hebesätze des Landes – freundlich formuliert – sehr unglücklich ist, weil sie sich dadurch ja auch gegenseitig jährlich systembedingt steigern, ärgert mich und auch meine Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterkollegen. Ich appelliere an dieser Stelle auch

einmal an Sie, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates, dass auch Sie sich – u.a. durch unsere bzw. Ihre Landtagsabgeordneten, für eine auskömmliche und adäquate Finanzausstattung der Kommunen einsetzen – gleichbleibende Hebesätze sind hier eine konkrete Forderung.

Damit können wir abschließend auch noch einen kurzen Blick auf die wichtigen Schlüsselzuweisungen werfen. Im Jahr 23 rechnen wir mit knapp 800.000 Euro, einer deutlichen Steigerung gegenüber den Vorjahren und in den darauffolgenden Planungsjahren mit jeweils 900.000 Euro. Woran liegt das? Das Land hat die zur Verfügung stehende Verteilmasse erfreulicherweise deutlich erhöht.

Ansonsten ergeben sich gegenüber den Vorjahren auf der Ertragsseite keine wesentlichen Änderungen und Einfluss haben wir selbst ja ausschließlich bei den Steuern. Ansonsten sind wir schlichtweg abhängig von Entscheidungen oder Entwicklungen, die wir selbst nicht beeinflussen können. In manchen Jahren wirken sich diese positiv aus – in anderen nicht.

Und damit sind wir bei den Aufwendungen.

Wie bereits erwähnt – die Zeiten sind turbulent und Kostensteigerungen treffen uns als Stadt in vielerlei Hinsicht natürlich auch. Eine steigende Inflation, gleichzeitige Materialknappheit, Lieferengpässe, ein merklich steigendes Zinsniveau, höhere Tarifabschlüsse ... all diese volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben natürlich auch Auswirkungen auf die Kosten von Projekten und Investitionen. Und auch die steigenden Energiekosten treffen die Stadt genauso wie private Haushalte und Unternehmen. Der Ansatz für das nächste Jahr liegt für die Beschaffung von Strom und Wärme bei rund 700.000 Euro und damit um 325.000 Euro über dem des Vorjahres.

Schauen wir auf die Umlagen bzw. Transferkosten erkennt man, dass sich diese Entwicklungen natürlich ebenso auf die übergeordneten Ebene auswirken. Als Kommune stehen wir am „Ende der Kette“ und müssen durch höhere Aufwendungen die teilweise extremen Mehrbelastungen von Kreis und LWL mittragen. Die Höhe der Umlage des Landschaftsverbandes kam für viele von uns überraschend. Am Ende des

Tages bedingt dies eine höhere Zahllast des Kreises an den LWL und diese Last tragen die 13 Kommunen des Kreises. Die Kreisumlage steigt gegenüber dem Vorjahr um 560.000 Euro auf rund 6,3 Mio. Euro und bildet zusammen mit der Jugendamtsumlage, die ebenfalls steigt, den mit 35 Prozent den größten Anteil unserer Aufwendungen. Erwähnen möchte ich aber auch, dass der Kreis den Kommunen durch die Isolierung „seiner“ Schäden in Höhe von 3,9 Mio. entgegengekommen ist.

Der zweite große Ausgabenbereich betrifft die Sachkosten und Dienstleistungen – immerhin insgesamt 5,5 Mio. Euro. Darin enthalten sind wichtige Unterhaltungsmaßnahmen in unsere Infrastruktur – so planen wir – wohlgermerkt für den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2026 - Sanierungsmaßnahmen in Höhe von rund 250.000 Euro in den beiden Grundschulen und der Montessorischule – z.B. Schülertoiletten, Akustikdecken oder die Aufarbeitung von Fußböden. Rund 520.000 € sollen für Instandhaltungen und Sanierungen von Straßen, Wegen und Plätzen aufgewendet werden. Aus Zeitgründen werde ich auf diesen Bereich nicht näher eingehen – im Rahmen der Haushaltsberatungen steht uns diese zur Verfügung.

Wichtige Weichen in 2022 gestellt

Neben den reinen Zahlen im Verwaltungshaushalt möchte ich auf zwei Aspekte noch gesondert eingehen – ich hatte diese bereits im vergangenen Jahr bei der Einbringung des Haushaltes angesprochen – der laufende personelle Umbau der Verwaltung und zweitens die effizientere Umsetzung von Projekten. Mit diesen beiden Baustellen, die ja auch nicht gerade unerhebliche Auswirkungen auf unseren Haushalt haben, haben wir uns im jetzt zu Ende gehenden Jahr intensiv befasst und wir haben Weichen neu gestellt.

Wenn Sie sich erinnern, habe ich bereits im letzten Jahr auf den vor uns stehenden personellen Umbruch hingewiesen. Alles das, was Sie als Politik beschließen und was Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns als Verwaltung erwarten dürfen, muss ja letztlich auch von den Mitarbeitenden in der Verwaltung geleistet und bearbeitet werden.

Und dazu kann ich sagen – die Stadtverwaltung befindet sich in einem gewaltigen Generationswechsel. In diesem Jahr sind 5 Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand verabschiedet worden – darüber hinaus haben bzw. werden sich 6 weitere beruflich neu orientieren. Allein in diesem Jahr haben wir bereits 11 Stellen neu besetzt ... beispielsweise die Telefonzentrale, das Standesamt, den Bereich Bauleitplanung oder auch die IT. Im kommenden Jahr werden weitere 6 KollegInnen in den Ruhestand gehen, zusätzlich zu diesen Stellen werden wir 6 weitere Stellen, die derzeit vakant sind, neu besetzen. Hinzu kommen zwei wieder zu besetzende Azubi-Stellen.

Über diese zwei Jahre hinweg sind das 32 „Stellenbewegungen“ und 20 neue Gesichter ... bei 100 Menschen – macht das rund ein Fünftel der gesamten Belegschaft aus. Jeder, der sich mit dem Bereich Personalmanagement etwas auskennt, dem ist klar – das ist eine gewaltige Aufgabe. Stellen ausschreiben, veröffentlichen, Bewerbungen sichten, Bewerbungsgespräche führen, Beteiligung der Gremien, Überbrückung von Übergangszeiten z.T. durch Stundenerhöhungen. Ist die Entscheidung gefallen bedeutet das auch – neue junge Kolleginnen und Kollegen werden Teil des Teams, sie benötigen aber auch Zeit, um sich einzufinden, um die Abläufe kennenzulernen, um sich einzuarbeiten – das geht nicht innerhalb von Wochen. So sehr ich mich für all die Kolleginnen und Kollegen über den wohlverdienten Ruhestand freue, so ist es doch auf der anderen Seite auch ein Verlust an Erfahrung, Wissen und Kompetenz, der sich erst nach und nach wieder „aufbaut“.

Die Chance, die ja auch in einem solchen Umbruch steckt, ist aber ebenso groß und wir möchten Sie nutzen, deshalb haben wir im Haushalt 50.000 € eingestellt, um uns mit der Frage zu befassen, wie eigentlich zukünftig „die Arbeit innerhalb der Verwaltung aussieht und welche neuen Arbeitsmodelle wir etablieren können, auch um für Fachkräfte attraktiver zu werden und diejenigen, die bei uns arbeiten zu halten. Dazu gehört auch die Frage nach einer räumlichen Neuorganisation. Wir müssen uns anstrengen, den Wechsel gut zu gestalten.

Die gerade skizzierten Veränderungen, stehen auch im Zusammenhang mit 2,9 zusätzlichen Stellenanteilen. Darin enthalten sind auch einige vorsorgliche Ausweitungen – wir haben im letzten Jahr gesehen, dass wir Spielräume brauchen, um auf kurzfristige Erfordernisse auch reagieren zu können.

In den Personalaufwendungen steckt aber auch ein gewisses „Risiko“, das ich hier transparent ansprechen möchte. Wir haben eine Tariferhöhung von 3,5 Prozent eingeplant – die aktuellen Entwicklungen lassen allerdings einen deutlich höheren Tarifabschluss erwarten. Näher eingehen werden wir auf den Stellenplan in den Beratungen, ich hoffe aber, es ist deutlich geworden, worin die Herausforderungen für die nächsten zwei Jahre bestehen. Ziel muss es sein, eine gut funktionierende Mannschaft zusammengestellt zu haben. Und dies – ich sage es noch einmal – braucht Zeit.

Dann zu einem ebenfalls wichtigen Thema, an dem wir gearbeitet haben. Wir wollen die Umsetzung von Projekten beschleunigen. Deshalb haben wir entschieden, die neue Stelle im Bereich Planen, Bauen und Umwelt im Hochbau anzusiedeln. Die Erweiterung der Grundschulen, die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Albersloh, eine neue Feuerwache in Sendenhorst und zusätzlich die zahlreichen Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen bei unseren Bestandsgebäuden oder die Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum für Geflüchtete ... Wenn das alles – unter den Bedingungen „Förderdschungel“ und „aufwändigster Genehmigungsverfahren“ schneller umgesetzt werden soll, braucht es zusätzliches Personal. Gleichzeitig können wir so auch einen guten Übergang gestalten, denn auch die Kollegin, die derzeit den Hochbau sehr engagiert, sorgfältig und ergebnisorientiert betreut, geht perspektivisch in den Ruhestand.

Mit den gerade aufgeführten Maßnahmen steht für die Stadt Sendenhorst ein riesiges Investitionsvolumen von 18 Mio. Euro bis 2026 an – davon allein 5 Mio. im kommenden Jahr. Und – das möchte ich nochmal betonen – es handelt sich dabei mit Nichten um „Schön-Wäre-Es“-Maßnahmen. Beispiel Schulen – zu Beginn dieses Jahres haben wir im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zwei wichtige Entscheidungen getroffen und eine bekräftigt.

Die Erweiterung der KvG Schule am jetzigen Standort wird umgesetzt. Mittlerweile sind wir hier ein gutes Stück vorangekommen – die Entwurfsplanung liegt vor, der Bauantrag wurde gestellt – aktuell wird die herausfordernde Baustellenlogistik geplant. Wichtig wird sein, dass wir zügig durch die Genehmigung kommen, damit die Umsetzung zu den Sommerferien nächsten Jahres starten kann.

Für die Schülerinnen und Schüler ist dann endlich Schluss mit Containern. Sensibilisiert durch das Engagement der Initiative „Grundschule neu denken“ haben wir als Politik aber auch die Wichtigkeit zur Aufwertung von Schulhöfen als Bewegungs- und Begegnungsräume aufgenommen. Schülerinnen und Schüler verbringen einen Großteil des Tages in den Schulen und deshalb ist es wichtig, durch eine moderne und einladende Gestaltung auch die Schulhöfe aufzuwerten. Für die Kardinal-von-Galen-Schule haben wir für das kommende Jahr deshalb Mittel für die Planung eingestellt. Bei der Montessorischule sind wir schon einen Schritt weiter – die Entwurfsplanung wird schon erarbeitet, weshalb wir 650.000 € im nächsten Jahr für die Umsetzung vorsehen. Mit diesen und weiteren Investitionen, z.B. für die Erweiterung der Grundschule in Albersloh, stärken wir die Familien- und Bildungsinfrastruktur der Stadt, ein Schwerpunkt, der auch unseren Haushaltsleitlinien entspricht.

Ein weiterer wichtiger Punkt zu einer zielgerichteteren Umsetzung ist die bessere Verzahnung von ohnehin geplanten Sanierungsmaßnahmen mit dem Thema „Mobilität“. In den kommenden Jahren stehen umfängliche Maßnahmen im Bereich von Orts- und auch Landesstraßen an, wie z.B. die Breede, die Ringstraße, ein Teilbereich der Oststraße oder die Telgter Straße. Wir haben vor, diese Maßnahmen stärker als bisher dafür zu nutzen, Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr zu erreichen. Dies ist ja ein eindeutiges Signal des Mobilitätskonzeptes – also „nicht nur einfach den Deckenbelag erneuern“, sondern wie z.B. im Bereich der Telgter Straße in Zusammenarbeit mit Straßen NRW Fahrradstreifen umzusetzen. Am Ende des Tages ist eine solche Kombination auch wirtschaftlich eine gute Lösung.

Bereits im Januar werden die Arbeiten an der Ringstraße beginnen. Auch dieses Projekt kann nun endlich umgesetzt und im Frühjahr nächsten Jahres fertig gestellt werden. Und die Umgestaltung der Promenaden kann dann abgeschlossen werden – erfreulich ist hier auch, dass wir innerhalb des veranschlagten Budgets bleiben.

Im kommenden Jahr werden wir das besagte Mobilitätskonzept für beide Ortsteile beschließen, wobei das wichtigste dabei eine Priorisierung der Maßnahmen ist. Die Ausgaben für die Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Maßnahmen werden natürlich in den kommenden Jahren steigen – in den Haushalt aufnehmen sollten wir sie aber erst, wenn eine gewisse Reife erreicht wurde. Die berühmte Forderung nach „einer groben Hausnummer“ – davon sollten wir uns verabschieden. Es weckt falsche Erwartungen und führt zu Diskussionen, die die Umsetzung verzögern.

Wir haben in den Haushalt auch einen Ansatz für ein jährliches Baustellenmanagement eingestellt. Bei der Fülle der öffentlichen und auch privaten Maßnahmen in den kommenden Jahren – und zwar im Bereich von Straßen, für Gebäude und für Kanalarbeiten, ist es wichtig, dass die dafür erforderlichen Baustellen mit Blick auf die Verkehrsführung und die An- und Abfahrt bei benachbarten Baustellen gut koordiniert und für Bürgerinnen und Bürger aber auch Unternehmen frühzeitig und aktuell kommuniziert werden. Das „Baustellenmanagement“ ist insofern ein dynamisches Arbeits- und Kommunikationsinstrument – auch innerhalb der Verwaltung.

Ein wichtiger Investitionsschwerpunkt der kommenden Jahre werden auch die Mobilstationen sein. Wir planen im kommenden Jahr die Erstellung der Entwurfsplanungen für Sendenhorst und Albersloh – angestrebt wird die Beschlussfassung durch Sie – sehr geehrte Damen und Herren – zeitgleich zum Planfeststellungsbeschluss Ende 2023. Das Jahr 2024 dient dann der technischen Planung, genehmigungsrechtlich erscheinen die Mobilstationen nicht besonders aufwendig zu werden und die Baubeginne sind dann für Ende 2024 vorgesehen, so dass eine Fertigstellung in 2025 erfolgt. Rund 2 Mio. Euro sind für die Mobilstation in Sendenhorst und rund 2,8 Mio. Euro für die in Albersloh vorgesehen.

Eine wichtige Erkenntnis zu der nun nach durchaus langen und intensiven Diskussionen im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Dienstbereich 6 eine einheitliche Meinung innerhalb der Verwaltung erzielt werden konnte – ist die Besetzung einer Stelle ausschließlich zum Thema Mobilität. Dies ist ebenfalls eine wichtige Weichenstellung für eine zielgerichtetere Umsetzung in den kommenden Jahren.

Und der dritte Baustein für eine schnellere Umsetzung ist die Stärkung unserer Grundstücksgesellschaft. Dass wir hier eine hauptamtliche Geschäftsführung installieren, dafür haben wir bereits ihr OK. Der Zeitpunkt jedenfalls ist günstig, denn das Konto der GGS ist nach dem sich abzeichnenden finanziell positiven Abschluss des Kohkamps gut gefüllt.

Noch dazu ermöglicht uns die Neuaufstellung des Regionalplans mit den Potenzialflächen erstens die formale Bereitstellung neuer Flächen und zweitens auch eine sehr viel flexiblere Handhabung in der Auswahl von Flächen. Zu Gute kommt uns dabei auch der neue Baulandbeschluss. Die Verhandlungsposition für uns als Stadt ist damit eine sehr viel Stärkere als noch vor einigen Jahren. Im vergangenen Jahr konnten wir immerhin 2 Hektar zusätzliche Flächen erwerben – auch diese machen uns handlungsfähiger, denn die Voraussetzung für alle zukunftsweisenden Entwicklungen im Bereich Wohnen und Gewerbe ist der Zugriff auf Flächen.

Zu guter Letzt möchte ich den Bereich der – ich nenne es mal – Krisenfestigkeit und der Sicherheit beleuchten. Bereits vor der Katastrophe im Ahrtal, der drohenden Gasmangellage und möglichen Stromausfällen, haben wir uns innerhalb der Verwaltung und in guter Kooperation mit unserer Feuerwehr aufgemacht, um uns für Krisen und besondere Ereignisse besser aufzustellen – eine kluge und gute Entscheidung. Diesen Prozess werden wir im nächsten Jahr mit Blick auf Schulungen und Übungen fortführen. Die Aufrüstung von Sirenenanlagen, Anschaffungen von Kommunikationsinfrastruktur, die Beschaffung von Notstromaggregaten – das haben wir bereits in diesem Jahr erledigt. Im kommenden Jahr steht die Erweiterung der Feuerwache in Albersloh an, die Entwurfsplanung liegt bereits zu großen Teilen vor. Die Beantragung der Baugenehmigung ist für Januar vorgesehen. Eine Investitionssumme für den Feuerwehrstandort in Sendenhorst werden Sie im Haushaltsplan noch nicht finden – Stichwort „grobe Hausnummer“ – der nächste große Meilenstein wird hier erst einmal die Entscheidung für einen geplanten neuen Standort sein, die zeitnah auf die Tagesordnung des Ausschusses bzw. Rates kommen soll.

Sie sehen – es ist einiges passiert im letzten Jahr und wir haben ein gewaltiges Programm vor uns. Dies geht manchmal unter und ich verstehe ja auch, dass vielen

vieles nicht schnell genug geht – und ja, einiges ist auch tatsächlich in den Hintergrund gerückt. Aber – wenn ich das an dieser Stelle und am Schluss meiner diesjährigen Rede einmal persönlich sagen darf - wir sollten darauf achten - und da nehme ich mich selbst auf gar keinen Fall aus – dass wir nicht geradezu rastlos jeder Krise einerseits aber auch jedem neuen Trend andererseits hinterher hechten. Ich empfinde es mittlerweile als die größte Herausforderung, einerseits schnell und pragmatisch auf all das zu reagieren, das als „Krise“ und „Ganz dringend“ daherkommt. Andererseits gibt es Aufgaben, die langfristig und strategisch wesentlich wichtiger sind – bei denen jedoch – bildlich gesprochen - niemand aufgeregt in der Tür und sagt „das muss jetzt aber unbedingt“. Das ist ein Spagat und eine tägliche Herausforderung. Schnelle Entscheidungen versus sorgfältige Abwägung und strategischer Weichenstellungen. Und dazu gehören die Vitalisierung unserer Ortskerne – dazu gehört das Thema Ausbau der Windenergie mit Blick auf den Klimawandel – dazu gehört ein innovatives Modell zur Realisierung des benötigten multifunktionalen Veranstaltungsortes – all dies ist in diesem Jahr auch weiter verfolgt worden, aber um gute Lösungsvorschläge zu erarbeiten braucht es eben auch das Aufbauen von Vertrauen, das Ausloten von Möglichkeiten, Gespräche im Hintergrund – die Ergebnisse zeigen sich dann hoffentlich in Zukunft. Ich bin jedenfalls zuversichtlich.

Abschließend möchte ich mich bedanken – zu aller erst bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung. Egal ob Bürgerservice, Standesamt, unsere Umsetzungsabteilung des Dienstbereichs Bauen mit Hochbau, Tiefbau, Bauordnung, Denkmalpflege, beim Ordnungsamt, bei den Werken, der Kläranlage, dem Hallenbad, bei meinem Vorzimmer, bei der Mannschaft des Bauhofes und der IT, bei unseren Hausmeistern, bei den Kolleginnen für Personal- und Steuerangelegenheiten, beim Gebäudemanagement, der Stadtkasse, den Mitarbeitenden im Bereich Asyl und bei den vielen anderen Bereichen ... Sie alle haben in diesem Jahr einen riesen Job gemacht und dies ging oftmals weit über das normale Maß hinaus. Dies wird ganz oft gar nicht gesehen.

Zu diesen Bereichen gehört auch das Team der Kämmerei – Frau Ben Moussa, Frau Drechsler, ... sorgfältig, zuverlässig und kompetent steuern Sie das große Räderwerk der kommunalen Finanzen. Frontfrau ist unsere Kämmerin Frau Küch-Wallmeyer – ganz herzlichen Dank Dir für die tägliche Unterstützung, für viele Ratschläge, für

Deine manchmal „andere Meinung“. Der Haushalt ist unser wichtigstes Instrument, bei all dem, was wir bewegen wollen, und entsprechend groß ist die Verantwortung dafür. Ganz herzlichen Dank!!!

Und zu guter Letzt – ein großes Dankeschön auch an Sie – liebe Mitglieder des Stadtrates, liebe sachkundigen BürgerInnen – ich habe die Zusammenarbeit auch im letzten Jahr als sehr konstruktiv, vertrauens- und verständnisvoll erlebt. Auch Ihr ehrenamtliches Engagement mit einer großen Verantwortung für das Gemeinwohl wird zu selten gewürdigt. Ich bin sehr froh, dass wir hier in Sendenhorst und Albersloh ein Klima des Miteinanders haben - das schließt Unterschiede in der Sache nicht aus – aber es geht konstruktiv zu.

Herzlichen Dank.